

STUDIEN UND BERICHTE

Neue Studien und Berichte

aus dem Themenfeld Migration und Integration (Stand: Oktober 2021)

zusammengestellt von Prof. Dr. Karl-Heinz Meier-Braun



© unsplash | Michael Anderson

Ungleiche Bildungschancen

Aktualisierte Daten und Fakten zur Benachteiligung von jungen Menschen mit Migrationshintergrund im deutschen Bildungssystem hat jetzt der Sachverständigenrat für Integration und Migration (SVR) vorgelegt. Bei der „Baustelle Bildung“ sieht der SVR leichte Fortschritte, verzeichnet aber auch neue Herausforderungen. Weiterhin gilt demnach, dass Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund seltener eine Kita besuchen, an Hauptschulen über- und an Gymnasien unterrepräsentiert sind. Außerdem liegen die schulischen Kompetenzen von jungen Menschen mit Migrationshintergrund weiterhin erheblich unter denen von Gleichaltrigen ohne Migrationshintergrund. Auch in der beruflichen Bildung und im Studium setzt sich nach diesen Fakten die Benachteiligung fort. Das heißt jedoch nicht – so der Sachverständigenrat weiter –, dass Menschen mit Migrationshintergrund grundsätzlich benachteiligt sind. Bei gleichem Bildungsstand der Eltern und gleicher sozioökonomischer Lage erzielen Jungen und Mädchen aus bestimmten Herkunftsgruppen (z. B. mit spanischem oder vietnamesischem Hintergrund) sogar überdurchschnittlich gute Ergebnisse.

www.svr-migration.de/publikationen/ungleiche_bildungschancen/

MIF

Migrations- und Integrationsforum
Baden-Württemberg

Trotz Pandemie: deutliche Fortschritte bei der Arbeitsmarktintegration

Der erste Lockdown im Frühjahr 2020 hat sich zwar negativ auf die Arbeitsmarktintegration der Flüchtlinge in Deutschland ausgewirkt. In den folgenden Monaten hat sich die Lage jedoch wieder deutlich entspannt und auch während des zweiten Lockdowns nicht erneut gravierend verschlechtert. Zu diesem Ergebnis kommt eine Untersuchung des Instituts der deutschen Wirtschaft. Demnach lag die Beschäftigungszahl im März 2021 um 36.000 oder 9,8 Prozent höher als ein Jahr zuvor.

www.iwd.de/artikel/trotz-corona-klappt-die-integration-von-fluechtlingen-520787/

Langzeitstudie zu Integrationsproblemen bei Flüchtlingskindern

Mit einer Förderdauer von fünfeinhalb Jahren untersucht die Studie ReGES (Refugees in the German Educational System; Geflüchtete im deutschen Bildungssystem) die Integration von geflüchteten Kindern und Jugendlichen. Neben individuellen Voraussetzungen und Faktoren – wie etwa bisherige Bildungserfahrungen, Sprachkompetenzen oder Bildungsaspirationen – werden dabei auch die familiären, regionalen und institutionellen Kontexte beleuchtet. Die ersten Ergebnisse, die jetzt veröffentlicht wurden, zeigen, dass die Integration in verschiedenen Bildungsbereichen durchaus gelingt. Trotzdem steht die Integrationspolitik vor weiteren Herausforderungen. So zeigt dieser Überblick des Bamberger Leibniz-Instituts für Bildungsverläufe Bedarfe auf, z. B. in der Unterstützung geflüchteter Familien beim Zugang zu Kindertageseinrichtungen sowie zu gezielter Sprachförderung. Nicht zuletzt zeigt die Studie, dass viele Jugendliche eine durch die Flucht unterbrochene Schullaufbahn haben und deshalb in Klassenstufen sitzen, die nicht ihrem Alter entsprechen.

www.lifbi.de/Portals/13/Transferberichte/LIfBi-Forschung-kompakt_02_ReGES.pdf

Fakten statt Stimmungslage

Unter dieser Schlagzeile wurde jetzt der 3. Malteser Migrationsbericht veröffentlicht. Wie daraus hervorgeht, wurden im Jahr 2020 ein Viertel weniger Asylanträge in Deutschland gestellt als in den Vorjahren. Jede dritte Person aus den wichtigsten Herkunftsländern war Anfang 2021 sozialversicherungspflichtig oder geringfügig beschäftigt. Der Bericht stellt wichtige Entwicklungen der Migration in Deutschland vor, die auf die wissenschaftliche Analyse von Prof. Lars Feld, Direktor des Walter Eucken Instituts in Freiburg, basieren. Bei den Straftaten hat der Anteil der Schutzsuchenden nach diesen Daten stärker abgenommen als bei anderen Gruppen. Dagegen hat die Kriminalität gegen Geflüchtete erheblich zugenommen. So stieg die Hasskriminalität – z. B. fremdenfeindliche, antisemitische und islamfeindliche Straftaten – 2020 gegenüber dem Vorjahr um ein Fünftel an.

www.malteser.de/fileadmin/Files_sites/malteser_de_Relaunch/Angebote_und_Leistungen/Migrationsbericht/2021/Malteser-Migrationsbericht-2021.pdf

Wie berichten Medien über Migration und Integration?

Medien berichten seltener und negativer über Flüchtlinge. Das zeigt eine Studie der Universität Mainz, die in den Jahren 2016 bis 2020 insgesamt 5.822 Beiträge aus der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, der *Süddeutschen Zeitung*, der *Bild-Zeitung* sowie den

Nachrichtensendungen *tagesschau*, *ZDF heute* und von *RTL* ausgewertet hat. In der von der Mercator Stiftung geförderten Untersuchung warnt der Kommunikationswissenschaftler Marcus Maurer jedoch davor, den Redaktionen eine besondere Schuld zuzuschreiben oder gar Fremdenfeindlichkeit zu unterstellen. Vielmehr lägen die Gründe in den Auswahlkriterien der journalistischen Arbeit. Es werden nicht kontinuierlich, sondern nur ereignisbezogen berichtet.

www.stiftung-mercator.de/content/uploads/2021/07/Medienanalyse_Flucht_Migration.pdf

Großes Vertrauen von Zugewanderten in deutsche Medien

Eine deutliche Mehrheit der in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationshintergrund vertraut deutschen Medien. 67 Prozent gaben bei einer Befragung des Sachverständigenrats für Integration und Migration (SVR) an, deutschen Medien „eher“ oder „voll und ganz“ zu vertrauen. In Bezug auf Medien aus dem jeweiligen Herkunftsland sagten das nur 36 Prozent. Was den Konsum von Medienangeboten angeht, so zeigt sich, dass Zugewanderte und ihre Nachkommen Medien überwiegend auf Deutsch nutzen – ein Trend, der sich über die Generationen verstärkt. Die absolute Mehrheit der in Deutschland geborenen Nachkommen von Zugewanderten konsumiert Medien überwiegend in deutscher Sprache. Eine Ausnahme stellen nach dieser Untersuchung die Türkeistämmigen dar, die angaben, deutschsprachige und herkunftssprachige Angebote des (Online-)Fernsehens etwa gleichermaßen zu nutzen.

www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2021/08/SVR_Policy-Brief_Medien.pdf

Postsowjetische Migration in Deutschland

Zugewanderte aus der ehemaligen Sowjetunion – vor allem russlanddeutsche Spätaussiedler und jüdische Kontingentflüchtlinge – sind die größte Zuwanderungsgruppe in Deutschland. Trotzdem ist über ihre Situation in der Aufnahmegesellschaft wenig bekannt. Rund 3,5 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund aus der früheren Sowjetunion leben in Deutschland. 2,73 Millionen von ihnen sind selbst zugewandert. Nach einer Expertise von Prof. Jannis Panagiotidis von der Universität Wien sind sie sozioökonomisch gut integriert. Sie gelten als „unsichtbar“ und werden zum Teil positiv stereotypisiert. Aus der Untersuchung geht hervor, dass sie aber auch Ressentiments und im Fall der jüdischen Kontingentflüchtlinge Antisemitismus erleben. Postsowjetische Migrantinnen und Migranten wählen überdurchschnittlich häufig die AfD, womit sie immer mal wieder in die Schlagzeilen der Medien kommen.

<https://mediendienst-integration.de/artikel/postsowjetische-migration-in-deutschland.html>

Risiken und Nebenwirkungen deutscher und europäische Rückkehrpolitik

Zu diesem Thema liegt jetzt eine Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) mit diesen zentralen Aussagen vor:

Die Rückkehr ausreisepflichtiger Migrantinnen und Migranten hat einen hohen Stellenwert auf der politischen Agenda Deutschlands und der EU. Neben dem Ziel, die Rückkehrzahlen zu steigern, haben verstärkte rückkehrpolitische Bemühungen auch

eine symbolische Funktion: Sie dienen dazu, die Durchsetzungskraft des Rechtsstaats zu demonstrieren – und sie gelten als wichtiges Mittel, das weitere Erstarken rechts-extremer Parteien zu verhindern. In der Praxis erweist es sich allerdings als schwierig, die Ausreisepflicht durchzusetzen. Im europäischen Durchschnitt gelingt dies nur in etwa einem Drittel der Fälle. Als einer der zentralen Gründe hierfür wird die mangelnde Kooperationsbereitschaft der Herkunftsländer genannt. Auf europäischer Ebene finden derzeit dynamische Entwicklungen in der internen und externen Dimension statt, was die Frage der Rückkehr betrifft. Ziel ist es, die Zusammenarbeit mit Herkunftsländern zu verbessern sowie innereuropäische Abläufe effektiver zu gestalten.

Die fortwährenden Bemühungen, die Rückkehrzahlen zu erhöhen, gehen mit entwicklungs-, außen- und sicherheitspolitischen Kosten einher, die oft nicht hinreichend beachtet werden. So kann der Druck zur rückkehrpolitischen Kooperation demokratische Transitionsprozesse in Herkunftsländern gefährden oder europäische Verhandlungsmacht in anderen Bereichen schwächen. Die Studie plädiert dafür, diese Zielkonflikte systematischer als bisher in eine umfassende Kosten-Nutzen-Abwägung von Rückkehrpolitik einzubeziehen. Auf Basis dieser Abwägung sollten europäische Regierungen pragmatisch über Alternativen zu Rückkehr nachdenken.

www.swp-berlin.org/publications/products/studien/2021S12_rueckkehrpolitik.pdf

Städte und ihre Netzwerke in der europäisch-afrikanischen Migrationspolitik

Dazu liegt eine weitere SWP-Studie vor. Sie geht der Frage nach, ob es sich dabei um überschätzte Hoffnungsträger handelt und kommt zu folgenden Ergebnissen:

In der internationalen migrationspolitischen Debatte werden Städte zunehmend als Hoffnungsträgerinnen betrachtet, weil sie schnelle, wirksame und nachhaltige Lösungen für flucht- und migrationsbezogene Probleme finden müssen. Diese Einschätzung ist allerdings nach wie vor strittig. Aus europäischer Sicht ist die Zusammenarbeit mit afrikanischen Städten relevant, weil zu erwarten steht, dass die Zuwanderung aus Afrika mittel- und langfristig zunehmen wird. Aus afrikanischer Sicht besteht Interesse an einer Ausweitung der legalen Migrationsmöglichkeiten und an interkontinentaler Mobilität.

Die bestehende Zusammenarbeit von afrikanischen und europäischen Städten zeigt, dass die beteiligten Akteure dabei höchst unterschiedlichen Interessen folgen. Die Möglichkeiten ihres Engagements sind beschränkt, zugleich aber stark von ihrem politischen Willen und vom jeweiligen Kontext abhängig. Sollen die Potenziale der Zusammenarbeit von Städten insbesondere bei der Gestaltung der legalen Migration genutzt werden, sind die Kooperationsinstrumente so anzulegen, dass die Städte über genügend Finanzmittel und hinreichende Zuständigkeiten verfügen. Spaltungen zwischen Stadt und Land sollten nicht vertieft, gesellschaftliche Konflikte nicht verschärft werden.

Aus öffentlichen Mitteln sollten vornehmlich bestehende Netzwerke insbesondere von kleineren und mittelgroßen Städten gefördert werden, wobei die Städte vor allem in die Gestaltung der Arbeitsmobilität und -migration und in die Aufnahme von Flüchtlingen einbezogen werden sollten. Zusätzlich kann eine philanthropische Finanzierung von Städten und Städtenetzwerken etwa durch große Stiftungen hilfreich sein, um die Potenziale kommunaler Akteure zu nutzen.

www.swp-berlin.org/publications/products/studien/2021S11_Migrationspolitik.pdf

BAMF-Forschungszentrum nimmt Betrieb auf

Forschungseinrichtungen können jetzt Daten aus dem Ausländerzentralregister (AZR) zu Forschungszwecken erhalten. Die Daten werden auf Antrag über das neue BAMF-Forschungszentrum bereitgestellt. Das AZR ist eine vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) geführte Datenbank und enthält Informationen über Ausländer und Ausländerinnen, die sich länger als drei Monate in Deutschland aufhalten oder aufgehalten haben. Nach Angaben des BAMF ist es mit rund 18,9 Millionen personenbezogenen Datensätzen im allgemeinen Datenbestand und etwa 11 Millionen Anträgen in der Visadatei eines der umfangreichsten, automatisierten Register der öffentlichen Verwaltung in Deutschland.

www.bamf.de/DE/Themen/Forschung/Forschungsdatenzentrum/forschungsdatenzentrum-node.html

Gutachten zu „Diskriminierungsrisiken und Handlungspotenziale im Umgang mit kultureller, sozioökonomischer und religiöser Diversität“

Im Auftrag der Stiftung Mercator hat Andreas Merx diese Studie veröffentlicht. Dabei werden die Potenziale für den diskriminierungssensiblen Umgang unter anderem in den Bereichen Bildung, Arbeitsmarkt, Gesundheit, Sicherheitsbehörden, Justiz und Verwaltung untersucht. Das Gutachten bietet viele Handlungsempfehlungen.

www.stiftung-mercator.de/de/publikationen/diskriminierungsrisiken-und-handlungspotenziale-im-umgang-mit-kultureller-soziooekonomischer-und-religioeser-diversitaet/

Außerdem hat Andreas Merx eine aktualisierte und erweiterte Broschüre zu diesem Thema veröffentlicht. Darin stellen unter anderem 18 Kommunal- und neun Landesverwaltungen in Steckbriefen ihre vielfaltsorientierten Maßnahmen und Prozesse vor. Die Kurzprofile geben nach Angaben des Autors einen guten Einblick in die Weiterentwicklung vielfaltsorientierter Strategien in Verwaltungen in Deutschland.

www.idm-diversity.org/files/Broschuere_Diversity_Netzwerk.pdf

Muslime im Jugendstrafvollzug: Wissenschaftler fordern Ausbau der islamischen Gefängnisseelsorge

Muslimische Jugendstrafgefangene sind bei der religiösen Betreuung gegenüber ihren christlichen Mithäftlingen benachteiligt. Das belegt eine Studie des Instituts für Kriminologie der Universität Tübingen in Kooperation mit dem Kriminologischen Dienst Baden-Württemberg und dem Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN). Die Wissenschaftler fordern darin einen Ausbau der islamischen Gefängnisseelsorge. Sie spielt nach ihrer Einschätzung für die Resozialisierung und Radikalisierungsprävention eine wichtige Rolle. Über die religiösen Bedürfnisse und seelsorgerische Betreuung muslimischer Jugendstrafgefangener gab es aber bislang nur bruchstückhafte Informationen, obwohl ihr Anteil in den deutschen Jugendstrafanstalten bei etwa 40 Prozent liegt. Die gerade abgeschlossene Studie „Muslime im Jugendstrafvollzug – Chancen und Risiken für eine gelingende Integration“ liefert nun ein detailliertes Bild der Situation und schließt diese Lücke.

<https://uni-tuebingen.de/universitaet/aktuelles-und-publikationen/pressemitteilungen/newsfullview-pressemitteilungen/article/muslime-im-jugendstrafvollzug-wissenschaftler-fordern-ausbau-der-islamischen-gefaengnisseelsorge/>

Ohne Zuwanderung sinkt das Arbeitskräftepotenzial schon heute

Der demografische Wandel ist schon lange absehbar, hat jedoch nicht immer zu einer vorausschauenden Gestaltung der politischen Rahmenbedingungen geführt. Dies kritisiert das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in einer aktuellen Studie. Die Untersuchung zeigt, dass der demografische Wandel sich gerade noch einmal deutlich beschleunigt und damit ein entschlossenes und zeitnahes Handeln erfordert. Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter könnte ab sofort flächendeckend sinken, wenn dies nicht durch Zuwanderung kompensiert wird, so die Studie.

Sie analysiert die Altersstruktur in allen 401 Stadt- und Landkreisen Deutschlands. In allen Regionen ist die Gruppe der 60- bis 64-Jährigen größer als die Gruppe der 15- bis 19-Jährigen. Die Älteren werden bei ihrem Renteneintritt also eine Lücke am Arbeitsmarkt hinterlassen, die die jeweils ortsansässigen Jüngeren nicht vollständig schließen können. Ohne Zuwanderung könnte es deswegen von 2019 bis 2024 in allen Regionen mehr Renteneintritte als Arbeitsmarkteintritte geben. Dies ist nach der Auffassung der Studie als Gedankenexperiment zu verstehen und nicht als Prognose, da in der Realität stets Wanderungsbewegungen stattfinden und sich auch die Erwerbsbeteiligung laufend verändert.

www.iwkoeln.de/studien/alexander-burstedde-helen-hickmann-dirk-werner-ohne-zuwanderung-sinkt-das-arbeitskraeftepotenzial-schon-heute.html

Prof. Dr. Karl-Heinz Meier-Braun (www.meier-braun.de) ist baden-württembergischer Landesvorsitzender der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen e. V. (DGVN) und Mitglied im Bundesvorstand dieser Organisation. Er ist Migrationsexperte, Honorarprofessor an der Universität Tübingen und Autor zahlreicher Publikationen zum Thema Migration und Integration. Lange Jahre war er Redaktionsleiter und Integrationsbeauftragter des Südwestrundfunks (SWR). 2021 wurde er für sein Engagement in der Integrationsarbeit mit dem Verdienstorden des Landes Baden-Württemberg ausgezeichnet.



Migrations- und Integrationsforum
Baden-Württemberg

Das **Migrations- und Integrationsforum Baden-Württemberg (MIF)** ist eine Kooperation der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg und der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen, Landesverband Baden-Württemberg e. V.

www.mif-bw.de

Ansprechpartner:

Prof. Dr. Reinhold Weber, Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg
reinhold.weber@lpb.bwl.de

Prof. Dr. Birgit Locher-Finke, Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg
birgit.locher-finke@sm.bwl.de

Prof. Dr. Karl-Heinz Meier-Braun, Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen, Landesverband Baden-Württemberg e. V.
info@dgvn-bw.de